

ALLES IN ODA, [o:da]?

WIDER DIE UNORDNUNG IN DER ANRECHNUNG
DEUTSCHER „OFFIZIELLER ENTWICKLUNGS-
UNTERSTÜTZUNG“ 2003 BIS 2006/07

Ludger Reuke und Sandra Albers



Zusammenfassung

Die vorliegende Studie analysiert die deutsche „Offizielle Entwicklungsunterstützung“ (ODA, s. Fußnote 1 auf S.5) auf der Grundlage von statistischen Daten der OECD, des Statistischen Bundesamtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter Berücksichtigung der deutschen und europäischen Diskussion zum Thema. Die Zahlenreihen zeigen u.a., dass bei der deutschen ODA-Quote die 1998 (damals 0,26%) versprochene Umkehr 2005 mit 0,36% endlich sichtbar geworden ist. Das lag 2005 nur an dem sehr hohen Schuldenerlass, 2006 und 2007 (0,37%) – bei leicht sinkenden Schuldenerlassen – auch an echten Steigerungen bei anderen ODA-Leistungen, sogar beim „Frischen Geld“, das für die Erfüllung entwicklungspolitischer Ziele wie der Millennium Development Goals unersetzbar ist. Diese erfreuliche Entwicklung wird aber, weil man mangels Masse kaum noch Schulden erlassen kann, den Einbruch 2009 nur abmildern, nicht aber verhindern können, vor dem schon unsere Studie von 2005 gewarnt hat.

Dadurch wird auch die Erreichung der 2005 erstmals zeitlich auf 2015 fixierten 0,7% und des Zwischenziels 0,51% für 2010 unwahrscheinlich, es sei denn, es würden sich wirklich seit langem erhoffte neue Finanzierungsquellen erschließen – und die seit drei Jahren überproportionale Steigerung im Einzelplan 23 des BMZ würde sich verstärkt fortsetzen. Selbst dann bliebe immer noch das Ärgernis, dass die aus mehreren Gründen höchst zweifelhaften „Studienplatzkosten“ weiterhin von Deutschland (und Frankreich) geltend gemacht werden.

Die Gefahr, dass man „Klimakosten“ „ODA-anrechenbar“ macht, ohne die Zielquote entsprechend zu erhöhen, ist real.

Impressum

Autoren:

Ludger Reuke und Sandra Albers

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228/60492-0, Fax -19

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Telefon +49 (0)30/288 8356-0, Fax -1

Internet: <http://www.germanwatch.org>

E-mail: info@germanwatch.org

Juni 2008

Bestellnr.: 08-3-01

ISBN 978-3-939846-35-2

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

<http://www.germanwatch.org/ez/oda08.htm>

Gefördert vom Evangelischen Entwicklungsdienst (eed) und Misereor.

ALLES IN ODA, [o:da]?

WIDER DIE UNORDNUNG IN DER ANRECHNUNG
DEUTSCHER „OFFIZIELLER ENTWICKLUNGS-
UNTERSTÜTZUNG“ 2003 BIS 2006/07

Ludger Reuke und Sandra Albers

Neubearbeitung und Fortschreibung der Studie von 2005:
„Die deutschen ODA-Leistungen 2000 bis 2003/2004“

Inhalt

Vorwort	5
A) Die Rahmendaten	7
B) Zusammensetzung der ODA-Leistungen und „Erstempfänger“	8
1. Direkt wirksames „Frisches Geld“ aus dem Einzelplan 23: Technische und finanzielle Zusammenarbeit sowie EEF	8
2. Beim virtuellen Geld werden wir immer „besser“: Die Schuldenerlasse zu Lasten des Bundesvermögens	9
3. „Budgethilfe“ für den EU-Haushalt: Der Finanzminister überweist direkt nach Brüssel	9
4. UN-Beiträge und Nothilfe: Die ODA-Leistungen anderer Ministerien	10
5. Die „Leistung“ der Bundesländer: „Studienplatzkosten“ mit kleiner Beigabe	10
6. Ein Jahr „Flüchtlingsentwicklung“: Der ODA-Beitrag der Gemeinden	11
7. Ein Ausweg?: Anrechnung von „Klimakosten“ ohne Erhöhung der ODA-Quote?	12
C) Entscheidungsstellen über die weitere Verwendung der Mittel	14
1. Die Theorie	14
2. Multilaterale Leistungen: Größere Möglichkeiten zur Mitentscheidung?	15
a) Leistungen über die EU	15
b) Leistungen über die UN	16
3. Entscheidungen in Deutschland	16
a) Unerreichbar von außen: Zwischen 30% und 50% (!) der Leistungen verblieben in den letzten Jahren in Deutschland	16
b) Die unmittelbar entwicklungsrelevanten Mittel: Mitentscheidung der Empfänger?	17
c) Der Sonderfall Budgethilfe: Selbstbestimmung der Empfänger?	17
D) Fazit	18
Tabellen	20
1 ODA-Rahmendaten für die Jahre 2003 bis 2007	21
2 „Herkunft“ und „Erstempfänger“ der ODA-Leistungen im Jahresvergleich	22
3 „Entscheidungsstellen“ für die weitere Verwendung der Mittel	23
4 Verfügung über „Frisches Geld“ beim BMZ und bei der EU-Kommission 2003 bis 2006	24
5 Die deutsche ODA-Quote 2000 bis 2007 im internationalen (DAC-) Vergleich	25
6 Studienplatzkosten der DAC-Länder im internationalen Vergleich	26
7 Veränderungen im BMZ Haushalt (Einzelplan 23) 2003 bis 2008	27
Grafiken	
1 Die Entwicklung der deutschen ODA 1964 bis 2007 (2015)	28
2 „Differenzen“	29

*„We cannot allow our promises
that became pledges
to descend into just aspirations,
and then wishful thinking,
and then only words
that symbolise broken promises.“*

*Gordon Brown, britischer Premierminister,
Juli 2007*

Vorwort

Der nüchterne Titel unserer ersten Studie zum Thema „Die deutschen ODA-Leistungen 2000 bis 2003/2004“ sollte zum Ausdruck bringen, dass es uns in erster Linie um sachliche Information in einem bis dato sehr unübersichtlichen Feld ging, darum, einen besseren Einblick und Durchblick für all diejenigen zu ermöglichen, die sich mit der ODA¹ beschäftigen wollen oder müssen. Dabei spielte unterschwellig die etwas naive Vorstellung mit, dass über die normative Kraft des Faktischen hinaus schon die reinen Fakten die Verantwortlichen zu (verstärktem) „richtigen“ Handeln veranlassen würden. Manch einer aber hat die Nüchternheit ganz im Gegenteil als Hilfe dazu aufgefasst, wie man die ODA erhöhen könnte, ohne real mehr Geld auszugeben. Ein in einem Bundesland Verantwortlicher: „Sie werden sich im nächsten Jahr wundern, was wir alles zusätzlich in die ODA hineingepackt haben.“ Diese und ähnliche Äußerungen waren der erste Grund für die Neuformulierung des Titels.

Auch das mitklingende, es sei „Alles in Ordnung“ ist gewollt, wird jedoch durch das „oder?“ in Frage gestellt. Denn:

Nein: Es ist nicht alles in Ordnung mit der deutschen ODA, auch wenn Verbesserungen und „Schritte in die richtige Richtung“ unverkennbar sind.

Nein: Wir sind bei den Entwicklungsleistungen 2007 nicht „Zweiter“ wie die Presseerklärung des BMZ vom 4. April 2008 behauptet hat, sondern unter den 22 DAC-Ländern

¹ Die Official Development Assistance (ODA) ist die Summe der öffentlichen Leistungen, die nach Abzug evtl. Rückflüsse oder Tilgungen vom Development Assistance Committee (DAC) in der OECD als entwicklungsrelevant anerkannt sind.

Die ODA-Quote ist das Verhältnis der ODA-Leistungen zum BNE, dem Bruttonationaleinkommen, das seit 1998 international an die Stelle des Bruttonationalprodukts getreten ist.

Die vorläufigen Zahlen zu ODA und ODA-Quote eines Jahres werden von den 22 Mitgliedsländern normalerweise im März des Folgejahres an das DAC in Paris geschickt und kommen von dort Mitte April als „vorläufig anerkannt“ zurück. Die endgültigen Zahlen liegen erst im November vor.

Diese „Anerkannte ODA“ die man als „Netto-ODA“ bezeichnen kann, wird in fast allen Quellen ohne Ergänzung als „die ODA“ bezeichnet und behandelt, auch dann, wenn der prozentuale Anteil von einzelnen ODA-Leistungen ins Verhältnis zur „ODA“ gesetzt wird. Das ist unproblematisch, wenn in einem Jahr keine oder keine größeren Rückflüsse, Tilgungen o. ä. anfallen (wie zuletzt 2000 und 2001).

Gibt es aber größere Rückflüsse (wie seit 2002), so addieren sich die Anteile von Einzelleistungen an der „Anerkannten“ oder „Netto-ODA“ auf über 100%. Aussagekräftiger sind da die Anteile an der Summe der in einem Jahr erbrachten Leistungen vor dem Abzug. Diese bezeichnen wir im folgenden als „Brutto-ODA“. Das gilt für den Text wie die Tabellen.

gemeinsam mit der Schweiz mit 0,37% gerade mal „Zwölfter“ im unteren Mittelfeld.² Die Pressestelle hat die zutreffende Maxime ihrer eigenen Ministerin missachtet, dass die ODA-Quote international die entscheidende Größe sei und nicht die ODA-Leistung.³

Und Nein: Es trifft nicht zu, dass wir an der Grenze unserer - finanziellen - Leistungsfähigkeit angelangt wären: Obwohl die ODA-Quote seit 2005 sichtbar gestiegen ist und obwohl damit die 1998 versprochene *Umkehr* des Abwärtstrends endlich begonnen hat, liegen wir auch 2007 immer noch weit unter dem deutschen Höchstwert von 0,47% in den Jahren 1982 und 1983.

Weil die Betrachtung und Analyse der Anteile bilateraler und multilateraler ODA keinerlei Erkenntnisgewinn bringt, werden wir uns auch weiterhin nicht an dieser ideologisch aufgeladenen, zwischen den Parteien beliebten Debatte beteiligen. Die bereits in der alten Studie festgestellten Schwankungen zeigen auch in langer Reihe keine Verbindung zu den „Grundpositionen“ der gerade vorherrschenden Regierungsparteien.

Für andere wichtige Rahmendaten, etwa zur nationalen, regionalen oder sektoralen Verteilung der Mittel, die für unsere Studie nicht prioritär sind, verweisen wir wieder auf die inzwischen verbesserten und vereinfachten Internetauftritte von OECD (DAC) und BMZ sowie die - auf hohem Niveau kritischen - jährlichen Berichte von terre des hommes und Welthungerhilfe zu „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“.

Die Notwendigkeit, gegen die weit über Stammtische hinausgehende Be- bzw. Verurteilung: „Schließlich geben wir *denen* Jahr für Jahr mehrere Milliarden € und *die machen nichts daraus*“, anzugehen, ist seit 2005 nicht geringer geworden. Einen traurigen Beweis dafür lieferte im Juni 2007 der „Vorwärts“.⁴ Grundtendenz: „Im Rausch des kollektiven Gutmenschentums“ komme es zu einer „liebesblinden Erhöhung von Entwicklungsgeldern“. „Unglaubliche 2,3 Billionen Dollar flossen (seit den fünfziger Jahren) ... in die armen Länder,“ - und die hätten nichts bewirkt.⁵ Am wenigsten nachvollziehbar an dieser „mathematisch/statistischen Irreführung“ ist, dass der Verfasser nicht irgendein tumber Tor ist, sondern ein ehemals im Bundestag beschäftigter einschlägiger „Experte“.

Der Evangelische Entwicklungsdienst (eed) und Misereor hielten die von uns angestrebte Neubearbeitung der ODA-Studie für nützlich und waren deshalb zu einer wesentlichen Beteiligung an der Finanzierung der Studie bereit. Dafür sind wir dankbar.

² An der Spitze liegen weiterhin die skandinavischen Länder, Luxemburg und die Niederlande, die schon seit vielen Jahren als einzige die versprochenen 0,7% eingehalten und übertroffen haben. Allem Anschein nach werden außerdem nur Irland und Spanien die für 2015 gesetzten Ziele erreichen, vgl. Tabelle 5.

³ Heidemarie Wieczorek-Zeul am 29. Nov. 2002 in ihrer Kritik an einigen NRO-Positionen.

Man fragt sich, wem solche „Erfolgsmeldungen“ nützen sollen. Sicher nicht der Durchsetzung der gleichgerichteten Forderungen von BMZ und NRO nach einer Erhöhung des "Frischen Geldes" im Einzelplan 23.

⁴ „Im Rausch der guten Tat“, Vorwärts 06/2007, S.8

⁵ Unglaublich? Man sollte vielleicht erst mal mit klarem Verstand rechnen: 2,3 Billionen in 50 Jahren machen im Schnitt pro Jahr 46 Mrd. Die Zahl als solche ist richtig; in den ersten Jahren war es weniger, in den letzten Jahren waren es im Schnitt um die 55-60 Mrd. Dollar. Das ist halb soviel, wie die Industrieländer seit 1970 immer wieder versprochen haben. Verteilt auf heute rund 100 „Empfängerländer“ sind das im Schnitt pro Land und Jahr 460 Mio. Dollar. Immer noch viel Geld „für Dich oder mich“, aber noch nicht einmal ein 500stel (!) des deutschen Bundeshaushalts. IN DER TAT „UNGLAUBLICH“, diese Irreführung, zumal die Summe ja nicht nur von der Bundesrepublik aufgebracht wurde, sondern von ungefähr 30 „Geberländern“. Und die Empfänger haben auf 35-50 % dieser Leistungen keinen und auf den „Rest“ nur einen begrenzten Einfluss. (s.u.)

A) Die Rahmendaten

Verbal gibt es in der deutschen Offiziellen Entwicklungsunterstützung (ODA) seit 2005 einen wichtigen Fortschritt: Erstmals seit 1970 wurde das jahrzehntelang immer wieder erneuerte und nie eingehaltene Versprechen, „in Zukunft“ 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungsfinanzierung aufzuwenden, mit klaren zeitlichen Vorgaben verbunden: Bis 2010 sollen 0,51% erreicht werden und die seit nunmehr 38 Jahren versprochenen 0,7% dann endlich 2015. Diese europäische Vorgabe wurde noch von der rot-grünen Regierung auch für Deutschland verbindlich anerkannt. Die Verpflichtung wurde nach der Wahl im Herbst 2005 in die Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD übernommen und durch die neue Kanzlerin und beide Koalitionspartner mehrfach im Parlament, in der EU sowie auf internationalen Gipfeln wiederholt; so auch in Heiligendamm. Sie ist damit offiziell verbindlicher Teil bundesdeutscher Politik.

Real gibt es ebenfalls eine, wenn auch bei weitem noch nicht ausreichende, Verbesserung: Das bereits in der Koalitionsvereinbarung von 1998 festgeschriebene Ziel, den Abwärtstrend bei der ODA-Quote (von 1983: 0,47% auf 0,26% 1998) *umzukehren*, wird ab 2005 (0,36%) endlich sichtbar, und das sogar - abgeflacht - auch dann, wenn man die seit 2002 absolut wie anteilmäßig stark gestiegenen Schuldenerlasse herausrechnet.⁶ Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesrepublik sogar offiziell, d.h. unter Hintanstellung aller Bedenken gegen einige Zurechnungen, mit 0,37% im Jahr 2007 nur sehr geringfügig über der Hälfte der für 2015 versprochenen ODA-Quote von 0,7% liegt. Da die Schuldenerlasse ab 2009 im wesentlichen - mangels Masse - wegfallen, reichen die bereits erfolgten und für die Folgejahre vorgesehenen beachtlichen Steigerungen im Haushalt des BMZ⁷ bei weitem nicht aus. Die Wunschvorstellungen, „neue Finanzierungsquellen“ würden die Lücke schließen, haben sich bisher nicht erfüllt.

Selbst in hohem Maße vorhandene Geldmittel garantieren keinen Erfolg von Entwicklungsbemühungen. Das gilt umgekehrt auch für ausgefeilte Theorien und Planungen; denn: „*Politik macht man mit Inhalt und Haushalt.*“ Sich mit Inhalten zu beschäftigen ist ungleich interessanter als „Zahlenklauberei“ und deshalb ist viel geschrieben worden über die Inhalte der Entwicklungspolitik, über die Haushalte weniger, zu wenig. Um diesen Mangel etwas zu vermindern, haben wir uns auf den "Haushalt" beschränkt und wichtige Diskussionen, wie die über „good governance“ und andere wesentliche Inhalte, auch diesmal beiseite gelassen.

Wie viele andere hätten wir uns gern um die Behandlung der „Budgethilfe“ gedrückt, aber da sie nun mal mit Zahlen und „Haushalt“ zu tun hat, werden wir um einige - wenn auch (noch) nicht sehr differenzierte - Bemerkungen nicht herumkommen.

⁶ Die Frage der Anrechnung von Schuldenerlassen und der Zulässigkeit, so genannte "Studienplatzkosten" geltend zu machen, wird später im Detail behandelt.

⁷ siehe Tabelle 7

B) Zusammensetzung der ODA-Leistungen und „Erstempfänger“

Durch die verstärkte Beschäftigung mit der ODA in den letzten Jahren bei offiziellen Stellen wie bei Nichtregierungsorganisationen (NRO) ist die anteilige Zuordnung der ODA-Leistungen zum Bundeshaushalt und seinen Einzelplänen, zum Bundesvermögen sowie zu den Beiträgen der Bundesländer und Gemeinden erheblich transparenter geworden. Zur „Herkunft der Mittel“ gibt es jetzt sogar eine Tabelle im Internetauftritt des BMZ.

An der Etatisierung der Mittel für den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) im Einzelplan 23 sowie der direkten Überweisung der anteiligen Beiträge der Bundesrepublik zum entwicklungsrelevanten Teil des *EU-Haushalts* durch den Finanzminister hat sich nichts geändert, ebenso nichts an der Verrechnung der Schuldenerlasse mit dem Bundesvermögen.

Das prozentuale Gewicht der verschiedenen „Herkunftsstellen“ in der Zusammensetzung der ODA hat sich im Berichtszeitraum allerdings verändert. Das gilt für die Studienplatzkosten und noch erheblich stärker für die Schuldenerlasse, denen wir deshalb im folgenden unsere besondere Aufmerksamkeit schenken werden.

Eine schwer zu verstehende Systemänderung in der Statistik gibt es seit 2003 bei der Zurechnung und Verortung von Rückflüssen und von Verwaltungskosten der vom BMZ institutionell geförderten Institutionen. Wir haben sie zugegebenermaßen nicht ganz durchschaut. Aber da das Endergebnis in der Substanz nicht verändert wird, erscheint das hinnehmbar. Auch wenn wir wieder keine absolute Klarheit bis ins letzte Detail garantieren können, kommen unsere Tabellen und Grafiken sowie die aus ihnen im folgenden hergeleiteten Aussagen u. E. der Klarheit ziemlich nahe.

1. Direkt wirksames „Frisches Geld“ aus dem BMZ: Technische und Finanzielle Zusammenarbeit sowie EEF

Die Summe dieses für die Erreichung entwicklungspolitischer Ziele - wie etwa der Millennium Development Goals (MDG) - unabdingbar notwendigen „Frischen Geldes“ ist seit 2000, wenn auch fast unmerklich, gestiegen. Der prozentuale Anteil des BMZ an der Brutto-ODA dagegen ist bis 2006 leicht, aber kontinuierlich gesunken, von 55% auf unter 45%. Angesichts der größeren Steigerungen im Haushalt 2007 wird sich dieser Anteil wohl etwas verbessern, aber auch weiterhin hinter den Versprechungen und den Notwendigkeiten zurückbleiben.

Das liegt überwiegend an der - fast spiegelbildlichen - Entwicklung beim Schuldenerlass.

2. Beim virtuellen Geld werden wir immer „besser“: Die Schuldenerlasse zu Lasten des Bundesvermögens

Noch 2001 war die Position „Schuldenerlasse“ unter den ODA-Leistungen mit unter 4% eine der weniger wichtigen. Als dann aber nach erfolgreicher Erlassjahrkampagne der NRO und der ebenso erfolgreichen Entschuldungsinitiative der deutschen Entwicklungsministerin 1999 auf dem Kölner G7-Gipfel die Schuldenerlasse international und besonders auch in Deutschland endlich in Angriff genommen wurden, veränderte sich das schlagartig: Mit 1 100 Mio. € oder knapp 18% wurde diese Position 2002 nach „dem BMZ“ die zweitwichtigste. Als 2005 der Erlass der Irakschulden begann und dann auch noch der Erlass der Nigeriaschulden hinzukam, wurde der Schuldenerlass mit 39,15% an der anerkannten oder 34,04% an der Brutto-ODA für ein Jahr sogar zum quantitativ wichtigsten Bestandteil der deutschen ODA-Leistungen. In den Jahren 2006 (29,07%) und 2007 (23,38%) stehen die Schuldenerlasse, wenn auch mit fallender Tendenz, wieder an zweiter Stelle. Da es noch Reste beim Erlass der Irakschulden gibt, wird das evtl. auch 2008 letztmalig so bleiben. *Aber dann fallen wir - mangels Masse - unausweichlich in das bereits 2005 von uns vorhergesagte „ODA-Quotenloch“; es sei denn, es ließen sich neue „ODA-anrechenbare“ Leistungen finden.* Dieser kaum noch zu verhindernde Einbruch ist der sichtbarste Beweis dafür, dass sich die Bundesregierung nicht an die Aufforderung von Monterrey 2002 gehalten hat, die Leistungen beim Schuldenerlass *nicht zu Lasten anderer „ODA-Positionen“* zu erbringen.⁸

Bei den europäischen NRO ist es zur Regel geworden, die Zurechnung der Schuldenerlasse zur ODA als „aufgebläht“ (inflated ODA) zu bezeichnen.⁹ Wir - und mit uns einige weitere NRO - schließen uns dieser Bewertung nicht an. Denn so berechtigt die Klage ist, dass „Monterrey“ nicht eingehalten wurde, so befremdlich ist es, die Erlasse *insgesamt* als „aufgebläht“, also nach unserer Diktion als nicht „ODA-anrechenbar“ zu bezeichnen; wo doch die Erlassjahrkampagne von den entwicklungspolitischen NRO initiiert und zum Erfolg geführt wurde.

3. „Budgethilfe“ für den EU-Haushalt: Der Finanzminister überweist direkt nach Brüssel

Diese vertraglich festgelegte Zahlung war nach „dem BMZ“ bis 2001 die zweitwichtigste ODA-Leistung und wird das wohl auch ab 2009 wieder werden. Bis 2004 lag die Summe etwas unter 1 Mrd. €, seither knapp darüber. Der Anteil an der Brutto-ODA bewegt sich um die 12%. In dieser Position ist nicht mit Änderungen zu rechnen; sie ist - außer in ihrer Höhe - wenig aufregend.

⁸ "We encourage donor countries to take steps to ensure that resources provided for debt relief do not detract from ODA resources intended to be available for developing countries."

⁹ So durchgehend in der ansonsten sehr verdienstvollen neuen Broschüre: No Time to Waste: European governments behind schedule on aid quantity and quality. Brüssel (CONCORD) Mai 2008.

4. UN-Beiträge und Nothilfe: Die ODA-Leistungen anderer Ministerien

Der Anteil des Auswärtigen Amtes (AA) an der ODA (2000 mit 485,9 Mio. € noch 8,88%) hat sich weiter verringert; mit 345 Mio. € im Jahr 2006 betrug der Anteil an der Brutto-ODA nur noch 3,60%. Der niedrige Anteil liegt zum einen an den seit 2003 deutlich verringerten Zuschüssen an die UN, zum anderen auch an dem erheblich gestiegenen prozentualen Anteil der Schuldenerlasse, der aber wieder geringer wird.

Um die Begehrlichkeiten im AA, sich das BMZ einzuverleiben, ist es ruhiger geworden; auch die Bemühungen des BMZ um die Zuständigkeit für die Nothilfe sind - zumindest in der Öffentlichkeit - kaum noch wahrnehmbar. Dieses in der Vergangenheit häufig brisante - und für die Gestaltung von „Entwicklungspolitik“ höchst bedeutende - Thema scheint zu ruhen. Auch die seit 2005 erstmalige Besetzung der Ministerpositionen in beiden Ministerien durch denselben Koalitionspartner hat keine neue Bewegung in diese Debatte gebracht.

Die Leistungen anderer Ministerien bestehen auch weiterhin hauptsächlich aus Beiträgen für UN-Sonderorganisationen.

5. Die „Leistung“ der Bundesländer: „Studienplatzkosten“ mit kleiner Beigabe

Die gesamten Leistungen der Bundesländer ergeben in den letzten Jahren einen ständig steigenden Anteil an der bundesdeutschen ODA, um die 9% bei der Brutto-ODA und (zum internationalen Vergleich) um 10% der Netto-ODA. Erfreulich, dass die Länder scheinbar immer größere Anstrengungen zur Unterstützung von Entwicklungsländern unternehmen. Verstärkt wird diese Freude durch die selbstlobende Selbstdarstellung „Entwicklungszusammenarbeit der Länder“.¹⁰ Aber wenn der Schein irgendwo trügt, dann hier.

Denn das starke Ungleichgewicht zwischen den beiden Positionen der ODA-Leistungen der Länder hat sich gegenüber unserer ersten Studie noch verstärkt und dann stabilisiert. Die als ODA-Beitrag inakzeptablen so genannten „Studienplatzkosten“ sind von 79,5% im Jahr 1994 auf nunmehr um und über 95% (744 631 000 € im Jahr 2005) gestiegen. Die überwiegend entwicklungsrelevanten „Traditionellen EZ-Maßnahmen“¹¹ dagegen, die 1994 noch über 20% der Länderleistung ausmachten, sind über knapp 15% im Jahr 2000 schließlich 2005 bei 4,88% gelandet (38 191 000 €) und bewegen sich seitdem um 5%.

Dabei ist nicht nur diese prozentuale Verschiebung bedauerlich. Es ist grundsätzlich und bei Beachtung der DAC-Richtlinien nicht hinnehmbar, dass Studienplatzkosten überhaupt auf die ODA angerechnet werden. Hier heißt es, dass sie (*imputed students costs*) nur dann anrechenbar seien, wenn sie in einem öffentlichen Haushalt „als solche“ (*as such*)

¹⁰ Ursprünglich 1999 vom World University Service (WUS) zusammengestellt.

¹¹ u. a. Förderung entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit von NRO, Stipendien und in geringem Maße Nothilfe in Entwicklungsländern.

aufgeführt wären. Das ist in keinem Haushalt auch nur eines Bundeslandes der Fall. Diese „Leistungen“ werden nirgendwo namentlich erwähnt und sind deshalb nicht „ODA-anrechenbar“. Außerdem scheint es unbestreitbar, dass die Bereitstellung von Studienplätzen für Studenten aus Entwicklungsländern Deutschlands Ansehen in der Welt (und u.a. der späteren Entwicklung seines Außenhandels) erheblich mehr zugute kommt als den Entwicklungsländern. Diese Studienplätze bereit zu stellen, liegt überwiegend in unserem eigenen nationalen Interesse.

Das sehen offensichtlich die meisten anderen DAC-Länder genau so und haben deshalb nie (10 Länder), nur einmal (weitere 4) oder in sehr bescheidener Höhe (nochmals 4) Studienplatzkosten gemeldet. Seit vielen Jahren haben nur Frankreich und Deutschland hohe „Leistungen“ (zwischen 7 und 10% der ODA) geltend gemacht; seit kurzem folgen Portugal und Österreich dem schlechten Beispiel.¹² Hinzu kommt, dass diese angeblichen Kosten auf eine höchst dubiose Art und Weise von jeder Uni oder Fachhochschule unterschiedlich in den einzelnen Bundesländern in eigener Verantwortung berechnet werden. Die Daten werden von keiner Stelle nachgeprüft. Sie sind wegen der fehlenden Transparenz ohnehin kaum nachprüfbar.¹³

6. „Flüchtlingsentwicklung“: ODA-Beitrag der Gemeinden?

Dies ist die skurrilste unter den „ODA-anrechenbaren“ Positionen. Die „Kosten für Flüchtlinge während des ersten Jahres ihres Aufenthalts im Zufluchtsland“ sind keine Extrakosten; sie werden aus den Gemeindehaushalten finanziert und belasten niemanden zusätzlich. Hier eine Entwicklungsrelevanz festzustellen, ist nur möglich, wenn man um viele (zu viele) Ecken herum denkt. Mit knapp 90 Mio. € machte diese „Leistung“ im Jahr 2001 immerhin 1,61% der „Brutto-ODA“ aus. Seitdem ist sie allerdings wegen der stark rückläufigen Flüchtlingszahlen ständig zurückgegangen und ist 2006 mit unter 15 Mio. € nur noch 0,15% der Brutto-ODA.

Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass man dieser Position keine zu große Aufmerksamkeit mehr widmen müsste. Daraus kann man aber auch die Hoffnung ableiten, dass die Regierungen sich die unverhältnismäßig hohen Anstrengungen sparen, diese „Kosten“ in jedem Jahr neu zu berechnen - oder nur festzusetzen?

¹² zu Details siehe Tabelle 6.

¹³ So werden für Geisteswissenschaftler relativ niedrige Kosten berechnet (z.B. 4 000 €; nur Orientierungsgröße), für Ingenieure und Naturwissenschaftler vielleicht 3fach höhere, für Veterinärmediziner vielleicht 4fach so hohe und für Humanmediziner z.B. 25 000 € . Die Gesamtsummen der Kosten in diesen Fächern werden auf Grundlage der Uni-Budgets durch die Gesamtzahl der Studierenden in diesen Fachbereichen geteilt und dann mit der Zahl der Studierenden aus Entwicklungsländern multipliziert. Da außer der vagen Größe „Plausibilität“ von keiner Stelle irgendeine Nachprüfung erfolgt, sind Fehlern, aber auch Manipulationen Tür und Tor geöffnet.

7. Ein Ausweg?: Anrechnung von „Klimakosten“ ohne Erhöhung der ODA-Quote?

Den Absturz durch das Auslaufen der Schuldenerlasse *abmildern* könnte die seit nunmehr vier Jahren andauernde überproportionale Steigerung des Einzelplans 23, falls sie sich fortsetzt.¹⁴ Immerhin ergibt sich auch bei einer Herausrechnung des Schuldenerlasses aus der ODA-Quote eine Steigerung von 0,22% (in den Jahren 2002 und 2003) auf inzwischen 0,31%. Aber schon die vage Ankündigung, dem Einzelplan 23 würden in den kommenden Jahren jeweils 750 Mio. € hinzugefügt, scheint sich nicht zu erfüllen. Aus „gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen“ ist zu hören, im Haushalt 2009 sei auf keinen Fall mit einer Steigerung von mehr als 400 Mio. € zu rechnen. Das wäre unzureichend.

Zu verhindern wäre der Absturz und damit die noch weitere Entfernung vom versprochenen „Endziel“ nur, wenn sich entweder, wie schon seit Jahren vergeblich erhofft, wirklich neue Finanzierungsquellen auftäten (wie eine verpflichtende Flugticketabgabe oder die seit Jahren diskutierte und verhinderte Devisentransaktionssteuer) oder wenn man ohnehin in anderen Politikbereichen für neue Aufgaben zugesagte Mittel „ODA-fähig“ machte. „Heißester Kandidat“ sind dabei bisher die Mittel aus dem Umweltbereich, die zu einer Begrenzung der CO₂-Emissionen und damit des Temperaturanstiegs (*mitigation*) und zu einer Anpassung an Klimafolgeschäden (*adaptation*) führen sollen. Es gibt noch keine zuverlässigen Berechnungen hierzu, aber die bisher vagen Überschlagskalkulationen bewegen sich um die 0,3% des BNE. Wenn man die Diskussion im Umwelt- wie im Entwicklungsbereich verfolgt, drängt sich folgendes Gedankenmuster auf: „*Auch bei Auslaufen der Schuldenerlasse werden wir ca. 0,4% wohl erreichen können. Wenn dann die „Klimagelder“ „ODA-fähig“ würden, hätten wir die 0,7% erreicht.*“ Das wäre dann die Fortsetzung der mehrmaligen Hinzurechnung neuer Leistungen¹⁵, aber dann auf einem unerträglich hohem Niveau.

Nun ist schwerlich zu leugnen, dass auch die „Klimagelder“ zur Unterstützung der Entwicklung in armen Ländern beitragen und somit der „Armutsbekämpfung“ dienen. Sie sind auch im Detail häufig kaum von „alten Mitteln“ zu trennen, etwa wenn nach einer Naturkatastrophe im gleichen Gebiet Dämme erhöht, Not- und Wiederaufbauhilfe geleistet und dann Frühwarnsysteme errichtet werden. Es ist also durchaus folgerichtig, die „Klimagelder“ auf die ODA anzurechnen, sie „ODA-fähig“ zu machen.

Da aber die traditionellen Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit nicht erledigt, sondern im Gegenteil (u.a. wegen Mangel an „Frischem Geld“) jahrzehntelang vernachlässigt wurden, ist klar, dass die „Klimagelder“ nicht unter die „0,7%“ fallen können, sondern zusätzlich, *zusätzlich*, aufgebracht werden müssen. Das wird gerade in den letzten Tagen wieder besonders deutlich, in denen die „Welternährungskonferenz“ in Rom die Vernachlässigung der „Ländlichen Entwicklung“ und die resultierende hohe Anzahl von Hungernden „750 Millionen Menschen“ anprangert. Zur Abhilfe sollen

¹⁴ siehe Tabelle 7

¹⁵ Verwaltungskosten (1979), Studienplatzkosten (1984) und Kosten für Flüchtlinge im ersten Jahr (1994). Diese wirken sich zwar merklich auf die ODA-Quote aus, aber immerhin nur (mit ca. 3 Punkten) auf der zweiten Stelle hinter dem Komma. Auch die „Klimagelder“ würden „nur“ einen Anstieg von 3 Punkten verursachen - aber auf der ersten (!) Nach-Komma-Stelle.

„sofort“ 1,7 Mrd. €, bereitgestellt werden. Eine Riesensumme: 2,27 € pro hungernder Person.¹⁶ Hier sind große Aufstockungen erforderlich, die nicht durch „Klimagelder“ ersetzt, sondern nur *ergänzt* werden können. So argumentieren auch die Oxfam-Studie vom Herbst 2007¹⁷ und ein Schreiben, das NRO am 5. April 2008 von der Klimakonferenz in Bangkok an „Governments and the World Bank“ geschickt haben.¹⁸

Wenn man für den Klimabereich etwa 0,3% des BNE aufwenden will und wenn die „Klimagelder“ auf die ODA angerechnet werden sollen, dann muss das „Endziel der ODA“ also von 0,7% auf 1 Prozent des BNE erhöht - und desungeachtet bis 2015 erreicht werden. Ansonsten würden wir uns erneut der Trickserei und Täuschung schuldig machen. Die 750 Mio. Armen wären erneut die Betroffenen.

¹⁶ Übrigens: Das neu an die ISS angedockte japanische Weltraumlabor hat circa eine Milliarde gekostet. Aber man kann ja schließlich nicht Menschen mit Weltraumlaborern vergleichen, oder?

¹⁷ „Anpassung an den Klimawandel. pdf. www.oxfam.de/download: „Mittel für die (Klima-)Anpassung dürfen nicht zu Lasten bereits zugesagter Entwicklungshilfe gehen, denn diese Gelder werden für die weltweite Armutsbekämpfung und die Entwicklung armer Länder dringend gebraucht.“

¹⁸ Dort heißt es: “We understand that substantial parts of the Climate Investment Funds will be counted as ODA. We believe, however, that funding to help developing countries respond to the challenges of climate change should be additional to the long-standing ODA commitment of 0,7% GDP“ (korrekt wäre GNI gewesen).

C) Entscheidungsstellen über die weitere Verwendung der Mittel

Im vorigen Abschnitt sind wir der Frage nachgegangen, woher die als ODA anerkannten Leistungen kommen und wohin sie in einem ersten Schritt fließen. Von dort laufen sie nicht automatisch weiter. Da werden vielmehr Entscheidungen getroffen, auf welchen Wegen und über welche Zwischenstationen die Mittel zu welchen Bedingungen den Endverbrauchern letzten Endes zur Verfügung gestellt werden. Dabei entscheidet sich auch die bereits im Vorwort gestellte Frage, ob *die*, d.h. *die Verantwortlichen in Entwicklungsländern*, etwas aus den bereitgestellten Mitteln machen *können*, d.h. ob und in welchem Maße sie die Möglichkeit haben (mit) zu entscheiden, was mit den Mitteln geschieht und inwieweit sie demnach (mit-)verantwortlich gemacht werden können für Erfolge oder Misserfolge.

1. Die Theorie

In der Studie von 2005 haben wir den langen Weg dargestellt, auf dem sich in der deutschen offiziellen TZ die Vorstellungen und die organisatorischen Voraussetzungen hin zu einer stärkeren (Mit-)Entscheidung der Partner entwickelt haben: Von bis in die 1980er Jahre zentralen rein deutschen Entscheidungen über „Selbstverständlich beteiligen wir unsere Partner an der Planung“ zur Absichtserklärung in der Koalitionsvereinbarung von 2002: „Die Bundesregierung wird sicherstellen, dass Programme der Entwicklungszusammenarbeit von nationalen Entwicklungspfaden ausgehen.“ Dort sind unseres Wissens zum ersten Mal in einem offiziellen Dokument die „Einheimischen“ nicht mehr das Objekt, sondern das Subjekt. Hier sind ihre Vorstellungen der Ausgangspunkt für Planungen und gemeinsames Handeln.¹⁹

Durch die „Paris Deklaration“ haben seit Ende 2005 derartige Grundphilosophien national wie international, bei NRO und bei offiziellen Stellen einen starken Schub erhalten. Dass Entwicklungsländer die „*ownership*“ bei ihrer Entwicklung beanspruchen können und haben sollen, dass sie bei Richtungsentscheidungen „*in the driver's seat*“ sitzen müssen, ist inzwischen Bestandteil der allgemeinen Rhetorik und häufig auch der Tat. „Budgethilfe“, die in der Nachkolonialzeit als „neokolonial“ in Verruf geraten war, ist wieder hoffähig geworden und grundsätzlich positiv besetzt. Bei manchen europäischen

¹⁹ Wir weisen auch in dieser Neubearbeitung nochmals darauf hin, dass die wichtigsten NRO, vorneweg Misereor und Brot für die Welt sich schon Ende der 60er Jahre den Grundsatz zu eigen gemacht hatten: „Man kann ein Volk (ein Dorf etc.) nicht entwickeln. Ein Volk kann sich nur selbst entwickeln. Dabei kann man es von außen unterstützen.“ In der Befolgung dieses Grundsatzes war und ist der/das Einheimische eindeutig das Subjekt.

NRO hat man bei der Budgethilfe sogar den Eindruck, dass hier die Erwähnung von „Kontrolle“ als politisch nicht korrekt angesehen wird.²⁰

Wer in der Praxis welche Entscheidungen über die endgültige Verwendung der Gelder trifft, wird in den folgenden Abschnitten zu betrachten sein.

2. Multilaterale Leistungen: Größere Möglichkeiten zur Mitentscheidung?

Anhänger einer Verstärkung multilateraler EZ auf Kosten der bilateralen betonen, die multilaterale Hilfe lasse den Entwicklungsländern mehr Entscheidungsspielraum, weil nationale Interessen der Industrieländer in den Hintergrund träten. Viele Beispiele lassen daran zweifeln. Das „beste“ ist der brutale Druck, den der IWF zwischen 2003 und 2005 auf die ghanaische Politik ausgeübt hat, die gerade erst vom Parlament verabschiedeten neuen Zollbestimmungen für die Geflügeleinfuhr wieder zurückzunehmen - mit „Erfolg“²¹. Zudem ist zu berücksichtigen, dass unter den Leistungen, die über die EU und die UN laufen, relativ hohe Verwaltungskosten anfallen (u. a. durch Übersetzungen und „Auslandsgehälter“). Geht man von - geschätzten - 20% aus, so sind das 2007 von den etwas über 3 Mrd. € ungefähr 614 Mio. € oder rund 7% der deutschen ODA. Auf diese Leistungen haben die Entwicklungsländer keinen Einfluss.

Für die einigermaßen zutreffende Einschätzung des Einflusses der Entwicklungsländer auf die für Entwicklungsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel fehlen uns die Einsichten in das Innenleben von EU und UN sowohl in den Zentralen wie in den Vertretungen in Entwicklungsländern.

a) Leistungen über die EU

Hier ist zu unterscheiden zwischen den Mitteln aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), die - seit dem Ende der Kolonialzeit - aufgrund der Abkommen von Yaoundé, Lomé und Cotonou in ehemalige Kolonien von EU-Mitgliedern in Afrika, der Karibik und im Pazifik (AKP-Staaten) fließen, und Mittel für Entwicklungsmaßnahmen in asiatischen und lateinamerikanischen Ländern, die aus dem EU-Haushalt stammen. Über den EEF bestimmt der Ministerrat, über den EU-Haushalt das EU-Parlament. „Exekutive“ für beide ist die Kommission. Das Parlament fordert für sich seit vielen Jahren die Zuständigkeit auch für den EEF, bisher vergebens.²²

²⁰ Auf einen entsprechenden Einwurf bei einer Konferenz europäischer NRO zu Fragen der Entwicklungsfinanzierung im vergangenen Herbst hieß es: „We have to put more trust into those governments,“ eine Aufforderung, der in Finanzfragen wohl keine europäische NRO ihrer eigenen Regierung gegenüber folgen würde. Hier drohen einige eiserne Grundsätze für die Verwendung öffentlicher Gelder verloren zu gehen. Dazu später mehr.

²¹ Im Detail beschrieben u.a. in: Right to Food of tomato and Poultry Farmers. Heidelberg (FIAN, Germanwatch u.a.) Nov. 2007

²² Die Verhandlungen über eine Ersetzung des EEF durch die verschiedenen EPA-Abkommen (Economic Partnership Agreements), die Ende 2007 abgeschlossen und umgesetzt sein sollten, aber trotz massiven Drucks von Seiten der EU noch immer in der Schwebe sind, haben auf die von uns betrachtete Zeitspanne noch keinen Einfluss.

Weil die EU-Kommission sich stark für die Umsetzung der Paris Deklaration einsetzt, ist anzunehmen, dass der Einfluss der Entwicklungsländer hier eher größer ist als bei den Entscheidungen in Deutschland. Das mit größerer Sicherheit zu behaupten, würde intensivere Untersuchungen erfordern - und brauchte noch eine gewisse Zeit an Erfahrungen, auch und gerade mit der Budgethilfe.

b) Leistungen über die UN

Wie bei der EU sind auch bei den über die UN laufenden Mitteln zwei Kategorien zu unterscheiden: Entwicklungsländerrelevante Zuschüsse an die UN und ihre Sonderorganisationen sowie die Beiträge zur Weltbank, zum Internationalen Währungsfonds und zu den Regionalen Entwicklungsbanken, deren Kapital in unregelmäßigen Abständen aufgefüllt wird.

Bei den Banken sind nur die Regierungen der Empfängerländer antragsberechtigt; über die Bewilligung entscheiden allein die Zentralen der Banken. Institutionen oder gar zivile Gruppen unterhalb der Regierungsebene haben keine Einflussmöglichkeiten.

Bei der Weiterleitung der deutschen Zuschüsse durch das UN-System, ist anzunehmen, dass der Einfluss der Regierungen und anderer Institutionen und Organisationen der Empfängerländer größer ist, zumal hier Resident Representatives, Freiwillige und Hauptamtliche der United Nations Volunteers (UNV) sowie die Vertreter des United Nations Development Programme (UNDP) im Empfängerland direkte Kontakte bis zur Basis haben.

3. Entscheidungen in Deutschland

a) Unerreichbar von außen: Zwischen 30% und 50% (!) der Leistungen verblieben in den letzten Jahren in Deutschland

Regierungen, Gruppen oder einzelne Bürger in Entwicklungsländern hatten nach nur 15% im Jahr 2001 schon 2003 auf annähernd 30% der deutschen ODA-Leistungen, auf Verwaltungskosten, Studienplatzkosten, Kosten für Flüchtlinge im ersten Jahr und Schuldenerlasse nicht den geringsten Einfluss. Diese Tendenz hat sich auf dem Höhepunkt der Schuldenerlasse noch verstärkt: 2005 blieben 43,63% der Brutto- und sogar 50,15% der Netto-ODA in Deutschland, standen also zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele, wie etwa der Millennium Development Goals (MDG), nicht zur Verfügung. Wir haben sie *denen* nicht gegeben und folglich konnten *die* auch *nichts daraus machen*. Diese beiden Werte haben sich 2006 zwar prozentual auf 34,72% bzw. 40,08% verringert, aber der Anteil wird beträchtlich bleiben.

Wer also pauschal erklärt, *die* (Empfänger der Hilfe) hätten *nichts daraus gemacht*, „beschuldigt“ zu einem Drittel, ja bis zur Hälfte die tüchtigen Deutschen.

b) Die unmittelbar entwicklungsrelevanten Mittel: Mitentscheidung der Empfänger?

Bei der bilateralen TZ und FZ haben deutsche Stellen und insbesondere das BMZ (dabei auch GTZ und KfW) die einfachste Möglichkeit, einheimischen Regierungen, Behörden oder zivilgesellschaftlichen Gruppen eine weitgehende Mitentscheidung oder sogar die „Bestimmung der Entwicklungspfade“ einzuräumen; denn hier sind sie nicht von etwaigen zentralistischen Tendenzen supranationaler Institutionen abhängig. Obwohl der stark gestiegene Anteil der Schuldenerlasse 2005 den Satz der TZ plus FZ auf 32,42% senkte, war er im Schnitt der Jahre 2003 bis 2006 mit knapp 37% fast genauso hoch wie im Schnitt der Jahre zuvor. Seit 2006 ist dieser Anteil wieder gestiegen, eine Tendenz, die sich in den kommenden Jahren wahrscheinlich fortsetzen wird. Dafür spricht auch der starke, gegenüber dem Gesamthaushalt überproportionale, Anstieg des Einzelplans 23 in den letzten Jahren, im laufenden Haushalt 2008 im Soll sogar um 14,26% (gegenüber 4,7% im Gesamthaushalt).

Auf die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen bei GTZ und KfW in die regionalen oder nationalen Büros vor Ort und auf die damit verbundenen größeren Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten einer mit entscheidenden Beteiligung der Partner haben wir bereits 2005 hingewiesen, ebenso auf die anscheinend wachsende Bereitschaft deutscher Verantwortlicher, die theoretischen Überlegungen auch in die Praxis umzusetzen.

Neu - und für unser Thema von größter Wichtigkeit - ist, dass neben den „Großen“ China, Indien und Brasilien nunmehr auch „arme“ Entwicklungsländer nicht mehr bereit sind, die große Kluft zwischen entwicklungslandfreundlicher Rhetorik und von Eigeninteressen dominiertem Verhalten der EU und der meisten anderen Industrieländer zu akzeptieren - wie sie besonders deutlich in den EPA-Verhandlungen zutage getreten ist.

c) Der Fall Budgethilfe: Selbstbestimmung der Empfänger?

Im Idealfall ist Budgethilfe die Art von „Öffentlicher Entwicklungsunterstützung“, bei der die Empfänger das höchste Maß an Selbstbestimmung ausüben können. Genau so wie Steuern, Zölle und andere interne Einnahmen fließen diese Mittel in den einen großen Topf, aus dem der Finanzminister und andere, die über den Haushalt im jeweiligen Land bestimmen, die Ausgabenseite des Budgets festlegen. Und diese „Anderen“ sind im Idealfall ein Parlament mit einem Haushaltsausschuss und - im Nachhinein - eine unserem Rechnungshof vergleichbare Institution.

In der Nachkolonialzeit (vor allem bei französischer Budgethilfe) wurde dieser Idealfall verzerrt durch die große Zahl französischer Berater in den Ministerien der ehemaligen Kolonien, besonders dem für Finanzen. Deren „Rat“ war verbindlich, die Kontrolle gewährleistet und dennoch der Schein der Unabhängigkeit gewahrt. Eine derartige Budgethilfe hatten die Autoren der „Paris Deklaration“ sicher nicht im Sinn und auch nicht die Regierungen derjenigen Geberländer, die inzwischen Budgethilfe in nennenswertem Maße vergeben. Allerdings auch nicht den oben geschilderten Idealfall.

Schon in der Paris Deklaration ist die „Wechselseitige Rechenschaftslegung“ eines von fünf Prinzipien und das BMZ spricht gern von „Programmorientierter Gemeinschaftsfinanzierung“ (PGF), die EU u.a. von „Sectoral Budget Support“, alles Qualifizierungen, die dem Grundanliegen einer echten Budgethilfe widersprechen. Der gleiche Widerspruch bestimmt das Gutachten, das der Bundesrechnungshof auf Anforderung des Haushaltsausschusses im März 2008 veröffentlicht hat: Budgethilfe wird grundsätzlich begrüßt, aber die parlamentarische Kontrolle dürfe nicht ausgehebelt werden; wobei mit „Parlament“ wie selbstverständlich der Bundestag gemeint ist.

Diese Fragen und Widersprüche verlangen eine intensivere Auseinandersetzung als sie im Rahmen einer ODA-Studie möglich ist. Da die „Budgethilfe“ aber nicht mehr in kleinen Anfängen steht, sondern 2007 mit 350 Mio. € schon fast 4% der deutschen anerkannten ODA ausmachte, da für 2008 400 Mio. € vorgesehen sind und laut Internet-Portal des BMZ „Für Subsahara-Afrika ... der PGF-Anteil an der Finanziellen Zusammenarbeit schrittweise von 40 auf 50 Prozent steigen“ soll, können wir das Thema nicht einfach übergehen.

Unsere heutige, noch unfertige Grundposition ist die, dass Budgethilfe ohne Vorbedingungen gegeben werden soll, aber nur dann, wenn *im Empfängerland* ein frei gewähltes Parlament das Budget verabschiedet und ein Gremium *im Empfängerland*, das einem Rechnungshof vergleichbar ist, eine unparteiische Kontrolle ex-post sicherstellt. Das schränkt den Empfängerkreis stark ein, macht aber das „Instrument Budgethilfe“ glaubwürdiger als die heutigen verbalen Verrenkungen und bietet einen Anreiz für weitere Länder, die genannten Voraussetzungen zu erfüllen²³.

D) Fazit

Das Jahr 2005 war für die deutsche ODA ein wichtiges: Erstmals nach der Wiedervereinigung gab es einen wesentlichen Anstieg der ODA-Quote. Der war zwar ausschließlich auf den steilen Anstieg der Schuldenerlasse zurückzuführen. Da aber im gleichen Jahr und in den Folgejahren das „Frische Geld“ absolut wie prozentual überproportional gestiegen ist, ging die Quote 2006 und 2007 nicht zurück, obwohl die Schuldenerlasse geringer geworden waren. 2008 wird die Entwicklung wahrscheinlich ähnlich verlaufen.

Wenn aber 2009 der Erlass von Schulden mangels weiterer Masse fast völlig verschwindet, ist ein Fall ins „ODA-Quotenloch“ unvermeidlich²⁴, werden ohne erheblich größere

²³ Der Bundestag würde über die Höhe und die Empfängerländer im Rahmen des Bundeshaushalts entscheiden, alle weitere Verantwortung und Kontrolle aber an die Empfängerländer übergeben. Dass dies in Deutschland rechtlich möglich ist, zeigen die Zahlungen des Bundes in den Haushalt der EU sowie die Beiträge an die UN.

²⁴ So wie es Großbritannien erging, das 2006 mit 0,51% den Wert für 2010 als bereits vorzeitig erfüllt melden konnte und auf dem besten Wege zu sein schien, die 0,7% im Jahr 2015 fristgerecht zu erreichen. 2007 jedoch, als fast keine Schulden mehr erlassen werden konnten, fiel Großbritannien mit nur noch 0,36% sogar noch hinter Deutschland auf Platz 14 unter den DAC-Ländern zurück (siehe Tabelle 5).

mehrfährige Anstrengungen weder die 0,51% im Jahr 2010, noch gar die 0,7% im Jahr 2015 erreicht werden können.

Was folgt daraus für (deutsche) NRO, was für die (deutsche) Politik?

Die „Leistungen“ für Flüchtlinge endlich aus der ODA herauszunehmen, ist weiterhin wünschenswert und gerechtfertigt, sie sind aber inzwischen so weit gesunken, dass eine intensive Kampagne gegen ihre Anrechnung nicht mehr lohnend ist.

Der Anteil der Schuldenerlasse an der ODA wird in absehbarer Zeit auf ein Niveau wie vor 2002 zurückgehen. Dann hat die berechtigte Kritik daran, dass - anders als in Monterrey vereinbart - die Schuldenerlasse andere ODA-Leistungen vermindert haben, nur noch historischen Wert.

Ganz anders ist das bei den Studienplatzkosten. Da, wie oben erläutert, ihre Anrechnung als ODA bei genauer Beachtung der DAC-Richtlinien gar nicht zulässig ist, und da nur Frankreich und Deutschland sie über Jahre hinweg in völlig inakzeptabler Höhe geltend gemacht haben, ist es (anders als wir noch 2005 vermutet haben) wohl kein Kampf gegen Windmühlen, wenn man sich mit allem Nachdruck dafür einsetzt, diese Anrechenbarkeit endlich abzuschaffen. Hier ist/wäre aber ein langer Atem erforderlich. Denn es ist anzunehmen, dass diese beiden Länder wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft mit Verbissenheit für die fortdauernde Anerkennung kämpfen werden, weil sonst ihre ODA-Quoten noch weiter hinter den versprochenen Zielen zurückblieben.

Aber vielleicht reaktivieren sich bei einigen Verantwortlichen moralische Restbestände, wenn sie sich noch einmal unser Eingangsmotto, die fast poetisch formulierte Mahnung von Gordon Brown, vor Augen führen:

*Wir können nicht erlauben,
dass unsere Verpflichtung gewordenen Versprechungen
abgleiten in vage Hoffnungen
dann Wunschdenken
und dann in leere Worte,
die nur noch Symbole für gebrochene Versprechen sind.*

Schließlich ist Gordon Brown nicht irgendein Träumer; war er doch bis kurz vor dieser Äußerung aus dem Juli 2007 zehn Jahre lang britischer Schatzkanzler.

Tabellen

Vorbemerkungen

1. Da sie auch zum Verständnis der Tabellen erforderlich ist, erläutern wir zunächst noch einmal die von uns gebrauchten Definitionen für die verschiedenen „Arten“ von ODA:
Die ODA-Quote ist das Verhältnis der *ODA-Leistungen* zum BNE, dem Bruttonationaleinkommen, das seit 1998 international an die Stelle des Bruttosozialprodukts getreten ist.
Die vorläufigen Zahlen zu ODA und ODA-Quote eines Jahres werden von den 22 Mitgliedsländern normalerweise im März des Folgejahres an das DAC in Paris geschickt und kommen von dort Mitte April als „vorläufig anerkannt“ zurück. Die endgültigen Zahlen liegen erst im November vor.
Diese „*Anerkannte ODA*“ die man als „*Netto-ODA*“ bezeichnen kann, wird in fast allen Quellen ohne Ergänzung als „*die ODA*“ bezeichnet und behandelt, auch dann, wenn der prozentuale Anteil von einzelnen ODA-Leistungen ins Verhältnis zur „ODA“ gesetzt wird. Das ist unproblematisch, wenn in einem Jahr keine oder keine größeren Rückflüsse, Tilgungen o. ä. anfallen (wie zuletzt 2000 und 2001).
Gibt es aber größere Rückflüsse (wie seit 2002), so addieren sich die Anteile von Einzelleistungen an der „Anerkannten“ oder „Netto-ODA“ auf über 100%. Aussagekräftiger sind da die Anteile an der Summe der in einem Jahr erbrachten Leistungen vor dem Abzug. Diese bezeichnen wir im folgenden als „*Brutto-ODA*“. Das gilt für den Text wie die Tabellen.
2. Die Zahlen sind normalerweise auf der Tausenderstelle gerundet, teilweise - weil die exakteren Daten nicht vorlagen - auf der Hunderttausenderstelle. Hierbei können sich Rundungsdifferenzen ergeben.
3. Bei einzelnen „Leistungen an die UN“ fehlen uns Detailangaben, die nur mit zeitökonomisch nicht zu vertretenden Anstrengungen, zu schaffen wären.

Tabelle 1
ODA-Rahmendaten für die Jahre 2003 bis 2007*

in 1000 €

Art	Jahr		2003		2004		2005		2006		2007 (vorläufig)	
	absolut	ODA %	absolut	ODA %								
Anerkannte ODA	6 004 675	100%	6 064 288	100%	8 112 107	100%	8 313 414	100%	8 961 138	100%		
Bilateral	3 593 320	59,84%	3 076 805	50,74%	5 991 720	73,86%	5 604 051	67,41%	5 893 360	65,77%		
• TZ (BMZ und über BMZ)	1 312 692	21,86%	1 276 829	21,05%	1 410 460	17,39%	1 465 782	17,63%				
• FZ												
FZ brutto	1 026 004	17,09%	1 115 900	18,40%	1 219 562	15,03%	1 520 059	18,28%				
Tilgungen/Erlöse	-1 092 616	-18,20%	-1 138 446	-18,77%	-1 217 129	-15,00%	-1 286 258	-15,47%				
• Sonstiges												
Bundesländer	606 788	10,11%	665 769	11,00%	782 822	9,65%	764 185	9,19%				
Schuldenerlasse	1 225 857	20,42%	667 667	11,01%	3 175 559	39,15%	2 417 023	29,07%				
Anderes	514 593	8,57%	489 086	8,07%	620 446	7,65%	723 260	8,70%				
Multilateral:	2 411 355	40,16%	2 987 484	49,26%	2 120 387	26,14%	2 709 363	32,59%	3 067 779	34,23%		
davon an/über:												
EU	1 419 329	23,64%	1 513 904	24,96%	1 773 998	21,87%	1 711 527	20,59%	1 791 383	19,99%		
UN/sonstige	992 011	16,52%	1 473 579	24,30%	346 388	4,27%	997 843	12,00%	noch o.A.			
(Weltbankgruppe)	(434 628)	(7,24%)	(923 880)	(15,23%)	(0)	(0%)	(471 160)	(5,67%)	(noch o.A.)			
(Regionale Banken)	(129 393)	(2,15%)	(136 857)	(2,26%)	(43 304)	(0,53%)	(241 846)	(2,91%)	(129 116)	(1,44%)		
BNE in Mrd. €	2 114,18		2 196,7		2 251,2		2 335,0		2 446,8			
ODA-Quote**	0,28%		0,28%		0,36%		0,36%		0,37%			

* Die Daten für die Jahre 2000 bis 2003 finden sich in der "ODA-Studie 2005". Da die offizielle Statistik im Jahr 2003 in ihrer Systematik leicht verändert wurde (insbesondere bei den Positionen „Rückflüsse/Tilgungen“ und auch „Verwaltungskosten“), sind diese Angaben nicht in jedem Detail vergleichbar.

** Die Zielgröße 0,7% wurde 1970 in der UN-Vollversammlung versprochen. Bei korrekter Betrachtung der derzeitigen Quoten müsste berücksichtigt werden, dass Verwaltungskosten (1979), Studienplatzkosten (1984) und Kosten für Flüchtlinge im ersten Jahr in D (1994) erst nach dem Versprechen „ODA-fähig“ wurden (zu deren Höhe s. Tab 2 und 3). Ohne sie wäre in den hier betrachteten Jahren die ODA-Quote um 0,03% bis 0,05% niedriger geblieben.

Tabelle 2

"Herkunft" und "Erstempfänger" der ODA-Leistungen im Jahresvergleich 2003 bis 2006
in 1000 €

Jahr	2003		2004		2005		2006	
	absolut	% von Brutto-ODA*						
BMZ: EZ-Mittel (inkl. EEF)	3 630 248	51,15%	4 186 036	58,06%	3 371 189	36,14%	4 100 400	42,71%
Verwaltungskosten**	132 328	1,86%	135 154	1,87%	134 151	1,44%	151 437	1,58%
Bundesvermögen								
wg. Schuldenerlass	1 225 857	17,27%	673 113	9,34%	3 175 559	34,04%	2 417 023	25,18%
Bundeshaushalt, E-plan 60								
in den EU-Haushalt	905 410	12,76%	967 280	13,42%	1 156 922	12,40%	1 087 812	11,33%
Auswärtiges Amt	298 208	4,20%	232 808	3,23%	278 452	2,98%	345 330	3,60%
Andere Ministerien	97 471	1,37%	143 741	1,99%	192 716	2,07%	255 976	2,67%
Bundesländer								
(Studienplatzkosten)	557 022	7,85%	623 260	8,64%	744 631	7,98%	716 971	7,47%
(EZ, Not und NRO)	49 767	0,70%	37 063	0,51%	38 191	0,41%	47 214	0,49%
Gemeinden: 1. Flü-jahr	22 147	0,31%	12 418	0,17%	14 065	0,15%	14 693	0,15%
Anderes (inkl. Marktmittel)	178 834	2,52%	198 614	2,75%	223 359	2,39%	462 815	4,92%
„Bruttosumme“								
Σ: ODA ohne Tilgungen	7 097 292	100%	7 209 487	100%	9 329 235	100%	9 599 671	100%
Tilgungen	-1 092 616	-18,20%	- 1 145 200	-18,88%	-1 217 129	-15,00%	-1 286 258	-15,47%
Anerkannte ODA	6 004 676	100%	6 064 288	100%	8 112 107	100%	8 313 414	100%

* Von der Summe aller "ODA-anrechenbaren" Leistungen (Brutto-ODA) zieht das DAC Rückflüsse/Tilgungen ab und erklärt die Differenz zur offiziellen, anerkannten ODA (Netto-ODA). In den meisten Texten werden Prozentwerte von ODA-Einzelleistungen ermittelt, indem man sie ins Verhältnis zur anerkannten ODA stellt. Dies ist irreführend, weil sich die Anteile dann auf über 100% addieren. Sinnvoller ist es, sie ins Verhältnis zur Brutto-ODA zu stellen

** Durch die Änderung der Systematik seit 2003 sind die Verwaltungskosten nicht mehr voll mit denen der Vorjahre vergleichbar.

Tabelle 3

„Entscheidungsstellen“ für die weitere Verwendung der Mittel

in 1000 €

Jahr	2003		2004		2005		2006	
	absolut	% von Brutto-ODA						
Entscheidungsstelle								
Verbleib in Deutschland	1 937 354	27,26%	1 443 945	20,03%	4 068 406	43,61%	3 300 124	34,38%
Verwaltungskosten	132 328	1,86%	135 154	1,87%	134 151	1,44%	151 437	1,58%
Studienplatzkosten	557 022	7,84%	623 260	8,64%	744 631	7,98%	716 971	7,47%
Flüchtlinge 1. Jahr	22 147	0,31%	12 418	0,17%	14 065	0,15%	14 693	0,15%
Schuldenerlass	1 225 857	17,25%	673 113	9,34%	3 175 559	34,04%	2 417 023	25,18%
Entscheidung in Deutschland	2 748 593	38,68%	2 771 306	38,44%	3 140 445	33,66%	3 676 846	38,30%
Großteil TZ und FZ (ohne EEF) inkl. Budgethilfe								
Entscheidung in der EU	1 419 330	19,97%	1 513 904	21,00%	1 773 996	19,02%	1 711 527	17,83%
EEF	513 920	7,23%	546 624	7,58%	617 074	6,61%	623 715	6,50%
EU-Haushalt	905 410	12,74%	967 280	13,42%	1 156 922	12,40%	1 087 812	11,33%
Entscheidung im UN-System	1 000 916	14,09%	1 480 332	20,53%	346 388	3,71%	911 175	9,49%
Zuschüsse	265 070	3,73%	263 573	3,66%	159 866	1,71%	176 875	1,84%
UN-Banken und Fonds	735 846	10,35%	1 216 759	16,88%	186 522	2,00%	734 300	7,65%
„Brutto-ODA“	7 106 193	100%	7 209 487	100%	9 329 235	100%	9 599 672	100%
Tilgungen	- 1 101 517		- 1 145 200		- 1 217 129		- 1 286 258	
Anerkannte ODA	6 004 676		6 064 288		8 112 107		8 313 414	

Tabelle 4

Verfügung über „Frisches Geld“ beim BMZ* und bei der EU-Kommission** 2003 bis 2006

in 1000 €

Jahr	2003		2004		2005		2006	
	absolut	% von <i>Brutto-ODA</i>						
Beim BMZ	2 402 296	33,81%	2 368 673	32,85%	2 707 570	29,02%	2 770 400	28,86%
(TZ)	(1 312 692)	(18,47%)	(1 276 829)	(17,71%)	(1 410 460)	(15,12%)	(1 465 782)	(15,27%)
(FZ Zuschüsse)	(575 684)	(8,10%)	(545 220)	(7,56%)	(680 036)	(7,29%)	(680 906)	(7,09%)
(EEF)	(513 920)	(7,23%)	(546 624)	(7,58%)	(617 074)	(6,61%)	(623 712)	(6,50%)
Im EU-Haushalt	905 410	12,74%	967 280	13,42%	1 156 922	12,40%	1 087 812	11,33%
Summe	3 307 706	46,55%	3 335 953	46,27%	3 864 492	41,42%	3 858 212	40,19%
"Brutto-ODA"	7 106 193		7 209 487		9 329 235		9 599 671	
Anerkannte ODA in €	6 004 676		6 064 288		8 112 107		8 313 414	

* Großteil der deutschen TZ und FZ; EEF beeinflusst über EU-Ministerrat

** Zuschuss zum entwicklungsrelevanten Teil des EU-Haushalts

Tabelle 5

Die deutsche ODA-Quote 2000 bis 2007 im internationalen (DAC-)Vergleich

Rangfolge nach den letzten endgültigen Quoten von 2006

Land	Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 (vorläufig)
1. Schweden		0,80	0,81	0,83	0,79	0,78	0,94	1,02	0,93
2. Norwegen		0,80	0,83	0,89	0,92	0,87	0,94	0,89	0,95
3. Luxemburg		0,71	0,82	0,77	0,81	0,83	0,86	0,89	0,95
4. Niederlande		0,84	0,82	0,81	0,80	0,73	0,82	0,81	0,81
5. Dänemark		1,06	1,03	0,96	0,84	0,85	0,81	0,80	0,81
6. Irland		0,30	0,33	0,40	0,39	0,39	0,42	0,54	0,54
7. Großbritannien		0,32	0,32	0,31	0,34	0,36	0,47	0,51	0,36**
8. Belgien		0,36	0,37	0,43	0,60*	0,41	0,53	0,50	0,43
9. Frankreich		0,32	0,32	0,38	0,41	0,41	0,47	0,47	0,39
10. Österreich		0,23	0,29	0,26	0,20	0,23	0,52	0,47	0,49
11. Finnland		0,31	0,32	0,35	0,35	0,35	0,46	0,40	0,40
12. Schweiz		0,34	0,34	0,32	0,39	0,41	0,44	0,39	0,37
13. Deutschland		0,27	0,27	0,27	0,28	0,28	0,36	0,36	0,37
14. Spanien		0,22	0,30	0,26	0,23	0,24	0,27	0,32	0,41
15. Australien		0,27	0,25	0,26	0,25	0,25	0,25	0,30	0,30
16. Kanada		0,25	0,22	0,28	0,24	0,27	0,34	0,29	0,28
17. Neuseeland		0,25	0,25	0,22	0,23	0,23	0,27	0,27	0,27
18. Japan		0,28	0,23	0,23	0,20	0,19	0,28	0,25	0,17
19. Portugal		0,26	0,25	0,27	0,22	0,63*	0,21	0,21	0,19
20. Italien		0,13	0,15	0,20	0,17	0,15	0,29	0,20	0,19
21. USA		0,10	0,11	0,13	0,15	0,17	0,23	0,18	0,16
22. Griechenland		0,20	0,17	0,21	0,21	0,23	0,17	0,17	0,16
DAC Ingesamt		0,22	0,22	0,23	0,25	0,26	0,33	0,31	0,28

* wegen Schuldenerlass DR Kongo bzw. Angola.

Anders als in Deutschland führten diese Schuldenerlasse nicht zur Reduzierung anderer ODA-Mittel, ganz so wie in Monterrey vereinbart.

** Absturz gegenüber 2006, weil der Schuldenerlass 2007 fast völlig entfallen ist.

Eigene Zusammenstellung aus BMZ- und DAC-Daten

Tabelle 6

Studienplatzkosten der DAC-Länder im internationalen Vergleich

Rangfolge nach dem Anteil der Studienplatzkosten an der ODA 2006

in 1000 €

Land	Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006		
		absolute StuPlaKo	% von ODA (Netto*-ODA)	% von BNE	absolute StuPlaKo	% von ODA (Netto*-ODA)	% von BNE			
1. Frankreich		365 006			725 614	730 833	766 896	898 455	10,64%	0,0498%
2. Deutschland		350 173	391 893	440 664	557 020	623 258	744 633	716 974	8,62%	0,0307%
3. Portugal					40 272	25 684	25 916	26 435	8,37%	0,0177%
4. Österreich					41 325	38 144	49 169	55 060	4,61%	0,0216%
5. Griechenland								8 190	2,72%	0,0042%
6. Kanada		42 720	58 923	52 206	48 831	51 127	54 882	63 051	2,15%	0,0063%
7. Spanien		21 919	21 439	12 097	12 931	23 857	30 736	25 534	0,84%	0,0026%
8. Belgien								8 724	0,55%	0,0028%
9. Irland					1 823	1 851	2 156	2 725	0,33%	0,0018%
10. Schweiz		11 383	8 140	7 014	11 276	4 596	9 751	1 530	0,12%	0,0005%
11. Australien					54 168					
12. Luxemburg							16			
Anzahl der Länder		5	4	4	9	8	9	10		

Die anderen zehn DAC-Länder haben zwischen 2000 und 2006 keine Studienplatzkosten angemeldet.

* Da uns, außer für Deutschland, keine „Brutto-ODA“ vorliegt, haben wir - wie auch sonst in DAC-Tabellen üblich - den Anteil an der „Netto-ODA“ angegeben. Der aussagekräftigere Anteil an der „Brutto-ODA“ ist noch höher.

Eigene Zusammenstellung und Umrechnung nach den jeweiligen Wechselkursen durch Germanwatch. Ausgangsdaten: www.stats.oecd.org

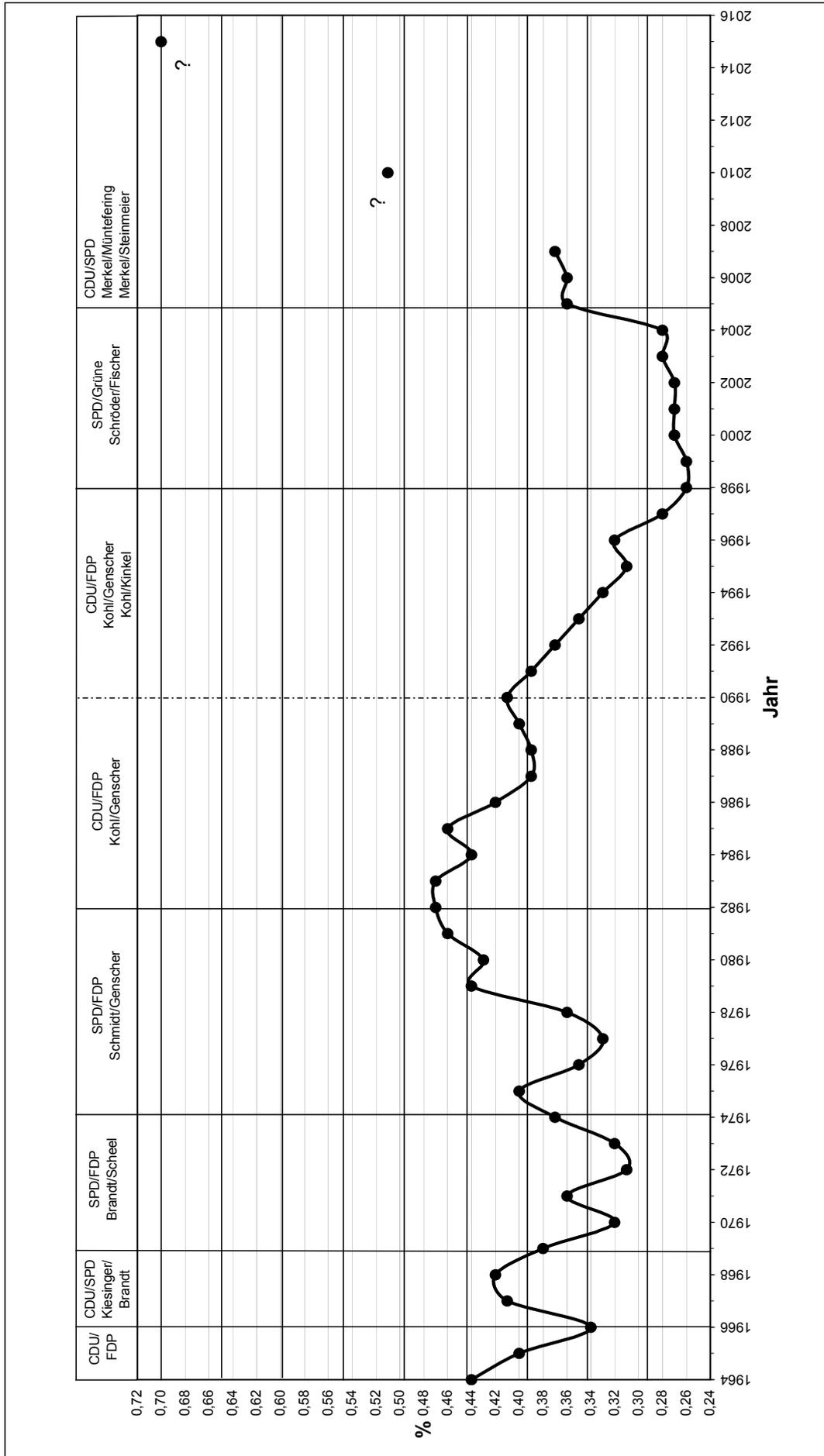
Tabelle 7

Veränderungen im BMZ Haushalt (Einzelplan 23) 2003 bis 2008

in 1000 €

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Gesamthaushalt	260 199 000	257 300 000	254 300 000	261 600 000	272 270 000	283 200 000
Steigerung zum Vorjahr in %		-1,11%	-1,17%	2,87%	4,10%	4,70%
Einzelplan 23 - Soll	3 767 536	3 783 433	3 859 093	4 159 631	4 493 559	5 134 510
Steigerung zum Vorjahr in %		0,42%	2,0%	7,79%	8,03%	14,26%
Einzelplan 23 - Ist	3 756 016	3 741 010	3 925 897	4 131 013		
Steigerung zum Vorjahr in %		-0,40%	4,94%	5,23%		
Anteil des Einzelplan 23 am Gesamthaushalt in %	1,44% (zu Ist)	1,47% (zu Ist)	1,52% (zu Ist)	1,59% (zu Ist)	1,65% (zu Soll)	1,81% (zu Soll)

Grafik 1
Die Entwicklung der deutschen ODA 1964 bis 2015 (2015)



1990: Wiedervereinigung

2010: Offizielle Verpflichtung auf 0,51%

2015: Offizielle Verpflichtung auf 0,7%

Quelle: Für die Kurve 1964-2006 www.bmz.bund.de ; Fortschreibung, Einteilung in Regierungsperioden und Änderung des Maßstabs durch Germanwatch.

Grafik 2
"Differenzen"

Der Einfluss von Schuldenerlassen und Studienplatzkosten auf die Höhe der ODA-Quote



Eigene Berechnungen und Zusammenstellung durch Germanwatch.

... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Informationen zur Mitgliedschaft finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Germanwatch

Wir sind eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 engagieren wir uns in der deutschen, europäischen und internationalen Nord-Süd-, Handels- und Umweltpolitik.

Ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern des Nordens ist eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung weltweit nicht möglich. Wir setzen uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten.

Unser Engagement gilt vor allem jenen Menschen im Süden, die von den negativen Auswirkungen der Globalisierung und den Konsequenzen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils besonders betroffen sind. Wir treten dafür ein, die Globalisierung ökologisch und sozial zu gestalten!

Germanwatch arbeitet an innovativen und umsetzbaren Lösungen für diese komplexen Probleme. Dabei stimmen wir uns eng mit Organisationen in Nord und Süd ab.

Wir stellen regelmäßig ausgewählte Informationen für Entscheidungsträger und Engagierte zusammen, mit Kampagnen sensibilisieren wir die Bevölkerung. Darüber hinaus arbeiten wir in gezielten strategischen Allianzen mit konstruktiven Partnern in Unternehmen und Gewerkschaften zusammen, um intelligente Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Zu den Schwerpunkten unserer Arbeit gehören:

- Verantwortungsübernahme für Klimaschutz und Klimaopfer durch wirkungsvolle, gerechte Instrumente und ökonomische Anreize
- Handels- und agrarpolitische Rahmenseetzungen für weltweite Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft
- Einhaltung sozialer und ökologischer Standards durch multinationale Unternehmen
- Ökologisches und soziales Investment

Möchten Sie uns dabei unterstützen? Für unsere Arbeit sind wir auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.germanwatch.org oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax, -19

Germanwatch Büro Berlin
Voßstr. 1, D-10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 288 8356-0, Fax -1

E-mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org

Bankverbindung / Spendenkonto:

Konto Nr. 32 123 00, BLZ 100 205 00, Bank für Sozialwirtschaft AG



Per Fax an:

+49-(0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)
Zahlungsweise: jährlich vierteljährlich monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Unterschrift